

Offener Brief

An

Mitglieder des Deutschen Bundestages

Sehr geehrte Mitglieder des Deutschen Bundestages,

gern möchten wir, zwei erfahrene Thüringer Unternehmerinnen mit langjährigem politischem und ehrenamtlichem Engagement, Sie mit einem alternativen Denkanstoß zur Corona-Pandemiebewältigung vertraut machen. Anlass ist die geplante Gesetzesänderung der Bundesregierung zum Infektionsschutzgesetz, mit der der Bund aufgrund der derzeit herrschenden Verbreitung der Lungenkrankheit Covid-19 weitere Änderungen im Deutschen Grundgesetz durchsetzen möchte. Dieser Ansatz stellt die Gesundheit und das Vertrauen in den Mittelpunkt der Betrachtung.

Was wäre, wenn Politiker sich entscheiden, ihrem Volk zu vertrauen? Dann würden sie es ermöglichen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger ihre eigene Meinung bilden können. Sie würden die Wissenschaftler dabei unterstützen, sich in vielen Ländern der Welt ein Bild davon zu machen, welche Ansätze und Strategien dort zum Thema Corona überlegt und eingesetzt werden. Die Politiker würden zu einem freien wissenschaftlichen Dialog aufrufen und die Journalisten bitten, über die Erkenntnisse dieses Dialogs zu berichten.

Anstatt auf nur eine einzige Karte zu setzen – die aktuelle Impfstrategie – regen wir eine breite Aufklärungskampagne an, wie die Menschen ihr Immunsystem stärken können: mit viel Sonne, viel Bewegung und Lebensfreude. Wir regen an, alle Maßnahmen zu ergreifen, um unsere Bevölkerung in einem seit Jahrhunderten bekannten gesundheitsorientierten Verhalten zu unterstützen.

Wir bitten Sie und weitere politische Vertreter darum, die einseitige Angstkampagne zu beenden und dahingehend auch auf die Medien einzuwirken. Wir regen an, dass Sie und Ihre Kollegen aus den Landesparlamenten in den Dialog auch mit all denjenigen treten, die eine andere als die Regierungsmeinung vertreten, um so die besten Lösungen zu finden. Wir bitten darum, Beschimpfungen und Beleidigungen wie „Corona-Leugner“, „Covidioten“ oder „Impfverweigerer“ aus Ihrem Sprachschatz zu streichen, um die Meinungsfreiheit wiederherzustellen.

Wir fordern die Rückbesinnung auf bewährte und zuverlässige föderale Strukturen unseres Staates und diese dazu zu nutzen, Fördergelder zügig auszuzahlen und den Menschen selbstbestimmt die Entscheidung zu überlassen, ob sie sich impfen lassen wollen. Bewährt haben sich auch unsere Arbeitsschutzgesetze und unsere Arbeitsorganisation. In all diese Bereiche und selbst in unser Rechtssystem regiert die Bundesregierung nun hinein. Dadurch gerät der bewährte Rechtsstaat aus den Fugen. Und die finanziellen Folgen für den Steuerzahler sind noch gar nicht abzuschätzen. Deshalb erwarten wir von Ihnen und fordern Sie auf, dass Sie das Grundgesetz und das

Föderalismusprinzip schützen und die Bürgerinnen und Bürger in ihrer Eigenverantwortung stärken. Beenden Sie den Weg in zentralistische Strukturen, bevor es zu spät ist.

Wir brauchen einen gemeinsamen Plan. Und dafür fordern wir: Beziehen Sie alle Unternehmen, Wirtschaftsverbände, Berufs- und Wirtschaftskammern sowie die Breite der Zivilgesellschaft ein. Angst ist kein guter Ratgeber. Angst ist nur ein Warnsignal. Jetzt gilt es, die Signale richtig zu deuten und die Freiheit auch für künftige Generationen zu erhalten.



Marion Schneider
Toskanaworld GmbH, Bad Sulza



Dr. Ute Bergner
Vacom GmbH, Großlöbichau